

---

## **Pressemitteilung**

12. September 2013

### **Augen zu und ... durch**

**Dies scheint die Marschroute der Landesregierung im Hinblick auf die Verabschiedung der aktuellen Schulrechtsänderungsnovelle zu sein. Auch vom Haushalts- und Schulausschuss, der abschließend am 18. September über die Novellierung des Schulgesetzes und damit über die Umsetzung des Inklusionsansatzes berät, sind keine Veränderungen zu erwarten.**

„So gibt es nur Verlierer“, stellte die Vorsitzende der Schulleitungsvereinigung NRW auf der Jahresklausur ihres Verbandes am Wochenende im westfälischen Wadersloh. Aus allen Landesteilen hatte sie zu Schuljahresbeginn Rückmeldungen über Fehlentwicklungen erhalten. Förderschulen werden geschlossen, in den allgemeinbildenden Schulen gibt es für die Bewältigung der neuen Aufgaben mehr Fragen als Antworten.

„Landesregierung und Politik beschränken sich darauf, einen gut klingenden Rahmen zu schaffen, Details, Widersprüche und praktische Anforderungen werden nicht bedacht, damit bleiben die lokal Verantwortlichen, Schulen und damit im

---

#### **Ansprechpartner für die Presse:**

Margret Rössler, Vorsitzende  
Mobil: +491711776168  
e-mail: [roessler@slv-nrw.de](mailto:roessler@slv-nrw.de)

Harald Willert, Öffentlichkeitsarbeit & Presse  
Mobil: +491703465377  
e-mail: [willert@slv-nrw.de](mailto:willert@slv-nrw.de)

hohen Maße Schulleitungen allein“, stellte sie an andere Stelle fest.

Praktisch erweist sich das ganze Paket als gut getarnter Sparansatz. Rössler weiter: „Wenn für Kinder, für die in den ersten vier Jahren ein ausgewiesener Förderbedarf bestand, gleich im Dutzend nach Übertritt in die weiterführende Schule kein Förderbedarf mehr ausgewiesen wird, kann man deren Entwicklung nur als Wunder bezeichnen oder muss diese als Opfer bürokratische Einwirkens sehen.“

Die SLV NRW hält den Ansatz der Inklusion für richtig und notwendig. Die Umsetzung darf aber nicht zur Katastrophe führen, weil wichtige Abstimmungen zwischen den Kommunen, den Schulaufsichten auf den verschiedenen Ebenen nicht oder widersprüchlich vorgenommen werden oder Streit über Kostenübernahmen nicht ausgestanden ist.

Rössler abschließend: „Verlierer sind zuerst die Kinder, dann die Schulen und am Ende die Institutionen und Menschen, die ihre Rechte und Ansprüche vor den Verwaltungsgerichten geltend machen müssen.“